

Es ist einfach falsch, wenn von den Regelungen zum Sozialbereich abgeleitet wird, daß grundlegend und grundsätzlich Bürgerinnen vor allem der DDR zweitklassig behandelt werden. Das ist nicht korrekt. Es gibt viele Teile des Bereiches, die in den Übergangsfristen zuallererst die DDR-Frauen erstklassig behandelt wissen. Ich möchte eine Regelung nennen: die Regelung zum Vorruhestand, die vorübergehend - nämlich bis zum Jahresende - ab dem 55. Lebensjahr noch gilt und wo ich erwarte, daß im Rahmen des Gestaltungsbedarfs, der im Einigungsvertrag für den gesamtdeutschen Gesetzgeber in Auftrag gegeben worden ist, zukünftig noch ein weiterer Gestaltungsbedarf ermöglicht wird.

Eine zweite wesentliche Fehlinterpretation in diesem Bereich ist die Argumentation zur Betreuung der Kinder in Einrichtungen. Wir haben im Vertrag nur geregelt, daß - abweichend von der Zuständigkeit im Bund - der Bund bis zum 30.6.1991 die finanzielle Sicherung von Kindereinrichtungen übernehmen wird. Ab 1. Juli müssen diese Sicherungen der finanziellen Verpflichtungen die Länder selbst übernehmen. Und wenn hier darüber diskutiert worden ist, daß die finanzielle Situation so schlecht ist, möchte ich deutlich darauf hinweisen, daß es unserer Initiative zu danken ist, daß wir die Länder, die jetzigen Bundesländer, überhaupt an dem Länderfinanzausgleich beteiligen. Andere Konzepte von anderen Kollegen dieses Hauses haben etwas völlig anderes vorgesehen. Und wenn man sich mit dem Steuersystem der Bundesrepublik etwas näher beschäftigt, dann kann man davon ableiten, daß der dort existierende Länderfinanzausgleich eben dazu geführt hat, daß ehemals relativ eiche Länder wie die des Nordens über den Länderfinanzausgleich auch den Wohlstand in Bayern beispielsweise finanziert haben. Man muß sich das nur mal angucken. Diese Grundsätze haben sich bereits bewährt. Die muß man nicht anzweifeln.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage? - Herr Demloff, bitte.

#### **Demloff (PDS):**

Herr Staatssekretär! Eine Frage zum Vorruhestand: Wir hatten das im Ausschuß diskutiert. Es ist dort folgendes Problem aufgetreten: Die Vorruhestandsregelung ermöglicht Männern, acht Jahre vor der Altersgrenze in den Ruhestand zu gehen, Frauen fünf Jahre, aber Behinderten drei Jahre vor der Altersgrenze. Auch generell sind die Probleme der Behinderten im Staatsvertrag wegen des fehlenden Behindertenbeauftragten und der anderen Dinge recht mangelhaft angedacht. Kann man da noch etwas nachbessern?

#### **Dr. Krause (CDU/DA):**

Ich will nun nicht argumentieren, ob wir darüber diskutiert haben oder nicht. Dieses Problem hat natürlich im Plenum und in der Diskussion eine Rolle gespielt. Das ist aber keine Wertung. Das wäre unfair, wenn man schlicht und einfach dann sagt: Das Verhandlungsergebnis ist entstanden, weil die anderen prinzipiell nicht wollten. - Ich würde über den Ausschuß Deutsche Einheit empfehlen, diesen Sachverhalt noch einmal zu überprüfen und dann in der Maßgabe eine Angleichung Vorschlägen. Das wäre hier mein Hinweis. Wir werden in der nächsten Woche ja auch noch eine Ausschußsitzung des Ausschusses Deutsche Einheit in der Bundesrepublik haben. Vielleicht gelingt es uns - wenn nicht, müssen wir uns in der Pause auch noch einmal gemeinsam darüber unterhalten - diesem Anliegen gerecht zu werden.

Für uns - ich möchte es hier deutlich sagen - war es wichtig und entscheidend, in dem Bereich der Vorruhestandsregelung drei Schwerpunkte zu sehen und zu lösen: Erstens: Wir wollten die existierende Regelung - die ja von einem Mitglied der PDS-Fraktion noch maßgeblich aufgebaut worden ist - nicht mit den Nachteilen, daß sie zu 35% die Betriebe belastet und damit den Aufbau von Strukturplänen aus finanzieller Sicht zu einer Über-

forderung des Sanierens des Betriebes selbst macht -, korrigiert wissen. Das heißt, mit der neuen Vorruhestandsregelung haben wir erreicht, daß 70% des Vorruhestandes der Staat übernimmt und nicht - weil es die DDR-Betriebe belastet hat - 35 % beim Betrieb bleiben, weil dies nämlich auch eine Ursache ist im Privatisieren der Betriebe, in der Arbeit der Treuhandanstalt, den Fortschritt der Betriebe zu realisieren. Und wenn man sich das unter Strich anguckt, kostet das alles sehr, sehr viel Geld.

Zweitens: Wir wollten erreichen, daß die harten Maßnahmen der Umstrukturierung vorübergehend noch für Frauen im Alter bis 55 bis zum Jahresende gelten. Natürlich hätte ich auch lieber gesehen, wenn wir prinzipiell in Deutschland fortgeltendes Recht aus DDR-Recht abgeleitet hätten und den Vorruhestand ab 55 eingeführt hätten. Bloß: Es gehören zwei dazu. Unterstellen Sie nicht, daß wir nicht diesen Versuch unternommen haben.

Drittens: Von Ihnen war ein Kollege ja bei den Verhandlungen dabei, der wird gesehen und gemerkt haben, wie wir gerade in diesem Bereich gekämpft haben. Das will ich deutlich sagen.

Drittens: Wir haben die Vorruhestandsregelung, die es bisher in der DDR gab, für die Männer entscheidend verbessert, nämlich von 60 sind wir weg auf 57, und wir behalten die 70%-Regelung bis zum 31. März bei, weil die Regelung ja dynamisiert wird in Abhängigkeit von den Tarifverträgen und dann in den Folgejahren eine entsprechende Weiterentwicklung möglich ist. Außerdem rechnen wir damit, daß der Gebrauch des Vorruhestandes vorrangig bis zum Frühjahr in der Umstrukturierung unserer Wirtschaft erfolgen wird. Ich hoffe, ich habe damit zum Thema gesprochen, zu Ihrer Frage, und ich würde empfehlen, daß wir uns gemeinsam vielleicht auch mit den anderen beiden Kollegen im Haus, die für die Behinderten das Recht haben hier zu sprechen, für Montag einen entsprechenden Entwurf fertigmachen und das als Angebot übernehmen.

Ich habe nicht mehr zuviel zu sagen, und dann können Sie Ihre Fragen stellen.

Ich möchte das weitere -

(Zuruf)

ja gewiß, die Arbeit des Einigungsvertrages ist geleistet. Ich freue mich auf die Arbeit in einem gesamtdeutschen Parlament. Ich muß Ihnen das so deutlich sagen.

(Beifall bei CDU/DA)

Da geht für mich persönlich ein wichtiger Wunsch in Erfüllung, und ich denke -

(Zuruf)

ja gewiß, freue ich mich auf Deutschland, gewiß freue ich mich darauf.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Und das ist keine Schande, sich darauf zu freuen, daß endlich die Zwangsherrschaft der Zweistaatlichkeit dienlichst ihr Ende findet.

(Beifall bei CDU/DA, DSU und F.D.P.)

Denn die überwältigende Mehrheit unserer Bevölkerung hat diesen Willen schon lange gehabt. Deshalb ist doch die Mauer 1961 gebaut worden, das hat doch keinen anderen Grund, ich bitte Sie!

(Beifall bei CDU/DA und DSU)

Durch die jedem einzelnen Land eingeräumte Möglichkeit, Rechte aus diesem Vertrag beim Bundesverfassungsgericht selbst einzuklagen - Sie werden sich entsinnen, das ist ein wichtiges Thema, was nach der Souveränität der DDR jedem einzelnen Land an Rechten zusteht -, ist das Höchstmaß an Vertretung erreicht. Jedes zukünftige Land des beitreten Gebietes kann